

Volks-Zeitung

Deutschland besteht auf Arbeitervertretern

Zwei neue deutsche Noten an Clemenceau.

Spaa, 23. Mai.

Am 22. Mai sind zwei von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation unterzeichnete Noten an Herrn Clemenceau abgegangen:

Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, namens der deutschen Delegation den Empfang Ihrer Antwortnote vom 14. Mai 1919 zu bestätigen, die auf unsere Note betreffend die internationale Arbeitergesetzgebung erteilt worden ist. Die deutsche Delegation stellt fest, daß die alliierten und assoziierten Regierungen mit der deutschen Volksregierung darin einig sind, daß der innere Friede und der Fortschritt der Menschheit von der Lösung der Arbeiterfragen abhängt. Die deutsche Delegation ist mit den alliierten und assoziierten Regierungen aber über die Mittel zur Lösung dieser Frage nicht einig. Um Mißverständnisse und falsche Auffassungen zu verhindern, hält die deutsche Delegation für notwendig, die grundsätzlichen Voraussetzungen ihrer Note vom 10. Mai 1919 näher zu erläutern. Nach der Auffassung der deutschen Volksregierung haben in Fragen des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes das entscheidende Wort die Arbeiter selbst zu sprechen. Es war die Absicht der deutschen Delegation, den berufenen Vertretern der Arbeiter aller Länder nach während der Friedensverhandlungen Gelegenheit zu geben, diese Entscheidung zu treffen und eine Übereinstimmung zwischen dem Entwurf der Friedensbedingungen, dem Vorschlag der deutschen Volksregierung und den Beschlüssen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern vom 3. bis 9. Februar 1919 herbeizuführen. Entgegen diesem Vorschlag erachten es die alliierten und assoziierten Regierungen nicht für nötig, zu diesem Zwecke eine Arbeiterkonferenz nach Versailles einzuberufen. Die beabsichtigte internationale Arbeiterkonferenz in Washington, auf die Sie in Ihrer Antwortnote vom 14. Mai 1919 verweisen, kann die von uns geforderte Konferenz nicht ersetzen, weil sie nach den Grundrissen stattfinden soll, die der Friedensvertragsentwurf für die Organisation der Arbeit enthält. Dieser berücksichtigt aber die Forderungen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern nach zwei wesentlichen Richtungen nicht. Der erste Unterschied betrifft die Vertretung der Arbeiter. Nach dem Vorschlag der Berner Internationalen Gewerkschaftskonferenz muß die Hälfte der stimmberechtigten Konferenzteilnehmer aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen. Die deutsche Delegation hat sich durch die Überreichung des Protokolls der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern diesem Vorschlag angeschlossen. Demgegenüber wird den Arbeitern nach dem Friedensvertragsentwurf der alliierten und assoziierten Regierungen auf der internationalen Konferenz nur ein Viertel der Stimmberechtigung zugesprochen; denn dort soll jedes Land durch zwei Regierungsvertreter, einen Arbeitgeber und einen Arbeiter vertreten werden. Die Regierungen haben es sogar in der Hand, gemäß Artikel 390 des Friedensvertragsentwurfs die Stimme des Arbeiters durch die Nichtberufung eines Arbeitgebers auszuscheiden und damit die Regierungsbureaucratie gegenüber den Männern des praktischen Lebens in Arbeiterfragen zum ausschlaggebenden Faktor zu machen. Ein solches System verstoßt gegen die von der gesamten internationalen Arbeiterklasse bisher gemeinsam beschlossenen demokratischen Grundzüge und wird bei den Arbeitern den Eindruck hervorrufen, daß sie auch weiterhin nur noch Gegenstand einer von kapitalistischen Interessen beherrschten Geseßgebung sein sollen. Der zweite Unterschied betrifft die Rechtswirksamkeit der Beschlüsse der Konferenz. Die deutsche Note weist auch hier ausdrücklich den Widerspruch mit den Beschlüssen von Bern nach. Sie führt dann fort: Wie sich aus den vorstehenden Darlegungen ergibt, sind die Beschlüsse der Berner Internationalen Gewerkschaftskonferenz im Teil XIII des Friedensvertragsentwurfs tatsächlich nicht berücksichtigt, so daß in Wirklichkeit der Sorge, welche die deutsche Volksregierung hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit geäußert hat, nicht Rechnung getragen ist. Diese Tatsache muß festgestellt werden. Wenn wir aus der Antwort erfahren, daß Vertreter der Gewerkschaften der durch die alliierten und assoziierten Regierungen vertretenen Länder bei der Ausarbeitung der Artikel der Friedensbedingungen, welche auf die Arbeiter Bezug haben, beteiligt gewesen sind, so stellen wir andererseits fest, daß diese durch keinerlei Grundgebungen eine Veränderung ihrer Meinung über die Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern oder gar eine Freigabe dieser von ihnen selbst gefaßten Beschlüsse haben bekannt werden lassen. Die deutsche Delegation wiederholt ihren Antrag auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der Landesorganisationen aller Arbeitergewerkschaften nach während der Friedensverhandlungen. Sollte sie wiederum abgelehnt werden, so ist mindestens eine Forderung der Führer der Gewerkschaften aller Länder erforderlich. Indem wir dies in zweiter Linie beantragen, wollen wir herbeiführen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages, welche auf die Arbeiter Bezug haben, auch die Billigung der gesamten Gewerkschaftsorganisationen besitzen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Brodbeck-Ranhaus.

Die zweite Note Brodbeck-Ranhaus richtet sich gegen die einseitige Konfiszierung deutschen Privateigentums. Danach das gesamte im Machtbereich der Entente befindliche deutsche Privatvermögen als eine einheitliche Teilungsmasse behandelt wird, aus der in einem fortwährenden Verfahren sowohl die Privatforderungen ihrer Staatsangehörigen als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegschadigung befreit werden sollen.

Die deutsche Friedensdelegation sieht sich zu der Erklärung verpflichtet, daß ihr die im vorstehenden wiedergegebene Regelung grundsätzlich unannehmbar erscheint, da sie mit dem elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens nach verschiedenen Richtungen hin im Widerspruch steht. Dieser Widerspruch springt um so offener die Augen, als es sich bei diesen Fragen des Privateigentums um ein Gebiet handelt, das unter allen Umständen von einer nach rechtsgerichteten Gesichtspunkten orientierten Behandlungswiese ausgeschlossen bleiben sollte. Wenn, wie von der Gegenseite vorgeschlagen wird, die während

des Krieges auf Grund von Ausnahmegesetzen vorgenommenen Eingriffe in das Privateigentum grundsätzlich als vollendete Tatsache anerkannt und aufrechterhalten bleiben sollen, so müßte dies selbstverständlich für beide Teile gleichmäßig gelten. In jedem Falle könnte sich aber eine derartige Regelung nur auf diejenigen Maßnahmen beziehen, die während des Krieges getroffen worden sind. Die Frage, ob und inwieweit solche Maßnahmen während des Krieges als zulässig angesehen werden können, mag hier unerörtert bleiben; darüber sollte jedoch kein Zweifel bestehen, daß diese Maßnahmen, die von den dafür verantwortlichen Stellen stets als Akte der Kriegsführung bezeichnet worden sind, mit der Einstellung der Feindseligkeiten an den Fronten auch ihrerseits ihr Ende hätten finden müssen. Deutscherseits muß daher grundsätzlich der Standpunkt vertreten werden, daß alle erst nach Abschluß des Waffenstillstandes getroffenen Anordnungen der in Rede stehenden Art rechtswidrig sind, weil sie eine Fortsetzung der Feindseligkeiten bedeuten. Mit noch größerem Nachdruck muß aber das an Deutschland gestellte Ansuchen zurückgewiesen werden, einer Fortsetzung der Eingriffe in das Privateigentum selbst über den Friedensschluß hinaus zuzustimmen. Damit würde an Stelle der Wiederherstellung des Friedenszustandes in Wahrheit der Zustand des Wirtschaftskrieges verewigt werden.

Die vorgeschlagene Verwendung des im Ausland befindlichen Eigentums deutscher Privatpersonen läuft auf eine derart weitgehende Konfiszierung von Privateigentum aller Art hinaus, daß eine allgemeine Erschütterung der Grundlagen des internationalen Rechtslebens die Folge sein muß.

Andererseits ist sich die deutsche Friedensdelegation dessen bewußt, daß der Druck, den die aus dem Friedensvertrag hervorgehenden Lasten in Zukunft auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausüben werden, es ist nicht gestattet, den deutschen Auslandsbesitz in bisheriger Umfang aufrechtzuerhalten. Um seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, wird Deutschland vielmehr diesen Auslandsbesitz in weitem Maße opfern müssen. Dazu ist es bereit. Nur muß deutscherseits daran festgehalten werden, daß die Verfügung über den Auslandsbesitz in einer Weise geregelt wird, der dem oben dargelegten Rechtsstandpunkt Rechnung trägt. Die deutsche Friedensdelegation ist überzeugt, daß sich zwischen diesem Standpunkt und den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen ein Ausgleich finden ließe. Eine Reihe der hervorgehobenen Bedenken würde schon dadurch ausgeräumt werden, daß der Grundlag der Gegenseitigkeit Anwendung fände, wie er dem Geiste des Völkerverbundes entspricht. Im übrigen wäre allerdings erforderlich, daß die einschlägigen Fragen im einzelnen von den beiderseitigen Sachverständigen einer mündlichen Beratung unterzogen werden.

Die rote Fahne auf französischen Kriegsschiffen.

Matrosenrevolte im Hafen von Sebastopol.

Berlin, 24. Mai.

Das Blatt des deputierten Brizon „La Vague“ veröffentlicht den Brief eines französischen Matrosen aus Sebastopol vom 22. April 1919. Dem Briefe zufolge räumen die französischen Truppen Rußland, weil auf der russischen Seite Panzer, „Zurke“, „Cergnac“, „Mirabeau“ und einige andere von der Besatzung liegende Schiffe Revolten ausbrechen. Am 21. April saugen die Besatzungen dieser Schiffe die Internationale und setzten die rote Fahne. Landvolksleute schlugen sich auf die Seite der Bolschewiken und durchzogen die Straßen Sebastopols. Es kam zu Schießereien, wobei es Tote und Verwundete gab. Als die Matrosen die Räumung Rußlands forderten, antwortete der Admiral mit der Zusicherung, daß Rußland binnen 14 Tagen geräumt sein werde. Der Matrose legt in seinem Briefe hinzu, wenn es nicht geräumt wird, würden alle französischen Matrosen revoltieren und für ihre Handlungen nicht mehr einstehen. Die „Humanité“ teilt, daß von 120 000 gedruckten Exemplaren der „Vague“ 120 000 von der Polizei wegen der Veröffentlichung dieses Briefes beschlagnahmt worden. „Humanité“ protestiert gegen diesen Eingriff in die Pressefreiheit. Clemenceau versetze sich immer mehr seine Popularität.

Aufstand in Petersburg?

Amsterdam, 24. Mai.

Die „Times“ melden aus Selingfors von Dienstag, daß in Petersburg und Umgebung ein großer Brand mit heftigen Explosionen beobachtet wurde. Man glaubt, daß die Bolschewiken, durch den Vormarsch der Entländer in die Enge getrieben, Munitionsdépôts in die Luft fliegen ließen. Aus der Umgebung von Petersburg wird Maschinengewehrfeuer gemeldet. Es verkündet, daß die Bevölkerung sich gegen die Bolschewiken erhoben hat.

„Allmählich“ wieder normale Zustände. Aus Amsterdam wird berichtet: Die „Times“ melden aus Lorient, daß in Wimbeeg allmählich wieder normale Zustände eintreten.

Barzilai nicht tot. Wolff berichtet aus Amsterdam: Das Reutersche Bureau meldet bezüglich London, daß die Mutter Barzilai nicht Barzilai selbst gestorben ist.

Die Deutsche Friedensgesellschaft an Präsident Wilson.

Berlin, 22. Mai 1919.

Herr Präsident!

In den letzten beiden Wochen werden aus Deutschland unzählige Klufe der Empörung über die uns zugemuteten Friedensbedingungen an Ihr Ohr gedrungen sein.

Manchen dieser, die am lautesten sich entrüsten, werden Sie die Berechtigung dazu bestreiten; denn Sie haben im Lagen des Glückes die Grundzüge, als deren Verfechter Sie jetzt auftreten, verleugnet. Wir deutschen Pazifisten aber dürfen sprechen; denn wir haben auch zur Zeit der glänzendsten deutschen Siege verlangt, daß der Friede der diesen Krieg beendet, ein Friede des Rechts sein sollte, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten habe und die Lebensinteressen auch der Besiegten nicht verletzen dürfe, ein dauernder Friede, gesichert durch einen Völkerverbund, der eine Gemeinschaft gleichberechtigter freier Völker sein müsse. Wir haben unseren Landknechten zu zeigen versucht, daß es unmöglich sei, den Frieden durch Vergewaltigung der Besiegten zu sichern; wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Einverleibung von Gebieten, deren Bevölkerung sich nur widerwillig der neuen Herrschaft fügt, eine Gefahr für den Frieden bedeute, zugleich aber auch eine Schwächung des Staates, der mit solchen Annexionen kurzfristig seine Machtstellung zu stärken glaubt; wir haben eindringlich gewarnt, daß der Gedanke, die ungeheuren Kriegskosten auf fremde Schultern zu wälzen, unausführbar sei — außer vielleicht auf dem Papier des Vertrages —, da er zu wirtschaftlicher und politischer Anarchie führen müsse und ein neuer Krieg erforderlich sein würde, um die unbezahlbaren Restforderungen des alten einzutreiben.

In Vertretung all dieser Gedanken befinden wir uns in völliger Übereinstimmung mit dem Friedensprogramm, zu dem Sie, Herr Präsident, sich bekannt haben. In Vertretung dieser gleichen Gedanken protestieren wir jetzt gegen den Entwurf, der unter Ihrer Mitverantwortung dem deutschen Volke vorgelegt ist.

Die Beweggründe Ihres Handelns sind uns unbekannt. Wir können uns auch — aufrichtig gestanden — keine Vorstellung von Ihnen machen, so unverständlich ist uns der Gegensatz zwischen Ihren Worten und der Tat dieses Vertragsentwurfs.

Man sagt uns, dieser Entwurf sei ein Kompromiß zwischen Ihren Grundrissen und den noch viel weiter gehenden Forderungen Ihrer Verbündeten, insbesondere des Herrn Clemenceau; wir hätten es also Ihnen zu verdanken, daß die Vorlage nicht noch viel ungeheurer ausgefallen sei. Gestatten Sie uns zu sagen, daß es wohl in Fragen der Zweckmäßigkeit oder der Anwendung eines Prinzips, aber nicht in Fragen der Grundzüge selbst Kompromisse geben darf, und daß Sie die Welt berechtigt haben, Ihre Handlungen nicht durch einen Vergleich nach unten, sondern nach oben zu messen, Sie nach dem Abstand, nicht von einer Unschicklichkeit, sondern von einem Ideal, das Sie selbst aufstellt haben, zu beurteilen.

Ihre Sache sei in dem Augenblick verloren gewesen, als Sie darin willigten, Ziffer 1 Ihrer vielbesprochenen 14 Punkte, die Offenlichkeit der Verhandlungen, preiszugeben. In der Heimlichkeit des Pariser Milieus der alten Diplomatie — meint man — sei Ihr ideales Programm abgewürgt und Ihnen ein Zugeständnis nach dem andern ausgewungen worden. Wir wissen nicht, ob das zutrifft. Aber wir wissen, daß die Machthaber in einem Teil des uns feindlichen Auslandes noch heute die Offenlichkeit fürchten. Die uns vorgelegten Bedingungen haben dort noch immer nicht im Wortlaut veröffentlicht werden dürfen, und es ist zu erwarten, daß es den Gegenwärtigen unserer Regierung nicht besser ergehen wird. Erwinigen Sie, Herr Präsident, noch jetzt die Offenlichkeit im Sinne Ihres Programmes und lassen Sie der öffentlichen Meinung in allen Ländern Zeit, zu den vorgelegten Bedingungen und zu den Gegenwärtigen Stellung zu nehmen. Die Aussichten auf einen Erfolg der Sache, von der wir glauben möchten, daß sie noch immer die Ihnen und uns gemeinsame Sache ist, werden damit gewaltig wachsen. In dem Prozeß Menschheit gegen Völkerverfall muß man öffentlich verhandeln und die Massen zu Hilfe rufen.

Man hat Sie über die Schlachtfelder des verwühten Frankreichs und Belgiens geführt, um Sie für die französischen Forderungen zu gewinnen und Ihr Herz zu panzern gegen Mitleid mit deutschen Opfern. Wir empfinden mit Ihnen das Entsetzliche der alles Maß übersteigenden Forderungen, die von der deutschen Seeresleitung in Nordfrankreich angerichtet sind, und wir sind geneigt, zu glauben, daß die Notwendigkeiten der Kriegsführung in unverantwortlicher Weise überschritten haben. Wir erkennen die Pflicht des deutschen Volkes, für diese Verwüstungen und für die Verletzung der belgischen Neutralität Wiedergutmachung zu gewähren, bedingungslos an. Wir glauben sagen zu dürfen, daß wir deutschen Pazifisten das auch getan hätten, wenn wir Deutschen die Sieger gewesen wären. Aber wir bitten Sie auch, im Geiste das deutsche Schlachtfeld des völkerverwühten Auslieferungskrieges zu beschließen. Wohl können wir es Ihnen nicht körperlich zeigen, und Sie würden, auch wenn Sie Deutschland besuchten, kaum Opfer finden, die direkt auf der Straße Hungers sterben. Aber die Sterblichkeitsstatistik, deren Ziffern während des Krieges nicht veröffentlicht werden durften, zeigt, wie viele Hunderttausende aus Mangel an genügender Nahrung zugrunde gegangen sind, von den neugeborenen Kindern und altersschwachen Greisen angefangen bis zu Mätern und Frauen im kräftigsten Alter, die dem Untergang einer an sich nicht lebensgefährlichen Krankheit keinen Widerstand mehr entgegensetzen konnten. Wenn Sie im Geiste den Jammern dieses Schlachtfeldes dem Nordfrankreich gegenüberstellen,

wird es Ihnen leichter werden, vollkommen gerecht zu sein. Sie bekennen sich ja zu der unterschiedslosen Gerechtigkeit, die nicht nach Günst oder Ungünst Recht bewilligt oder verweigert.

Nur noch eine Erwägung, die in diesen Tagen vielfach angestellt wird, bitten wir Ihnen unterbreiten zu dürfen. Wenn der Friede im wesentlichen auf der Grundlage, die uns jetzt geboten wird, geschlossen werden sollte, so bedeutet er keinen dauernden Frieden, sondern neue Kriege; er bedeutet die Aufrechterhaltung des Völkerverhaßes; er erschwert denen, die den dauernden Frieden und einen echten Völkerverbund wollen, ihre Arbeit ungemehr. Aber nicht nur das: er bedeutet für Deutschland die schwerste Erstarrung der jungen Demokratie und besorgt die Geschäfte der Reaktion, nicht nur in Deutschland, sondern in allen beteiligten Ländern. Damit gefährdet er das ganze Werk einer friedlichen Neuorganisation der Welt, als deren Prophet Sie aufgetreten sind.

Wir bitten und sehen nicht, Herr Präsident. Wir appellieren nur an Ihre eigenen Grundsätze, und wir tun das als Männer und Frauen, die sich unter ganz anderen Umständen, auch gegenüber den Verletzungen des Krieges, im Kampf für diese Grundsätze bewährt haben. Wir hoffen deshalb Gehör zu finden.

Hochachtungsvoll

(gez.) L. Cuidde,

Mitglied der deutschen Nationalversammlung,
I. Vorsitzender der deutschen Friedensgesellschaft.

Der Mörder des Italieners Sacco verhaftet

Der Mord in der Lothringer Straße hat schnell seine Klärung gefunden. Gestern gelang es, den Mörder in Deutsch-Wusterhausen festzunehmen. Der Verhaftete hat bereits zugegeben, daß er die Tat begangen hat.

Die Kriminalpolizei nahm gestern nachmittags noch einmal eine genaue Durchsichtigung des Verhafteten des Ermordeten und der Nebenräume vor. Durch Verfragen der Frau Sacco konnte bestimmt festgestellt werden, daß der Mörder es nicht bloß auf Geld, sondern besonders auf die Waren sowie auf Geräte abgesehen hatte. Alles hatte er schon zusammengepackt, um, wie wir schon berichteten, es mitzunehmen. Im letzten Augenblick, als er dann aber alles aus irgendetwas Grunde stehen lassen. Gewisse Spuren, die durch die Vernehmungen der Zeugen und Nachforschungen sich im Laufe des gestrigen Abends ergaben, deuteten darauf hin, daß der Täter wahrscheinlich Berlin schon verlassen haben werde. Die Kriminalpolizei geht deshalb eingehende Nachforschungen an. Die Behörden im weiten Umkreise von Berlin und auch nach den größeren Städten der Provinz. Insbesondere wurden die Bahnhöfen auf den Geluchten aufmerksam gemacht. Diese Vorkehrungen haben heute früh zur Festnahme des Täters geführt. In Deutsch-Wusterhausen, in der Nähe des Königs-Wusterhausen, machte sich heute morgen durch Behörde es für angezeigt hielt, ihn festzunehmen. In einem vorläufigen Verhör, das dort angestellt wurde, hat er bereits zugegeben, die Tat verübt zu haben, und zwar allein. Man hatte zunächst angenommen, daß mehrere Personen wohl bei dem Raubmord beteiligt gewesen wären. Nach den genaueren Feststellungen, ist es aber durchaus möglich, daß wie der Verhaftete behauptet, er allein die Tat ausgeführt haben kann. Die Persönlichkeit des Täters steht noch nicht fest. Der Verhaftete wird von Wusterhausen hierhergebracht, um hier von der Kriminalpolizei eingehend verhört zu werden.

Der Verhaftete ist der Milchweiser Max Stodt. Er war auf einem Gute des Landwirts Weder in Deutsch-Wusterhausen angeheiratet. Gestern zeigte er einigen Soldaten mehrere Tausendmarktscheine, und als ihn einer der Soldaten um ein Darlehen von fünf Mark bat, schenkte ihm Stodt das Geld, mit der Begründung, daß er jetzt ein reicher Mensch sei. Kurz nach diesem Vorfall lesen die Soldaten von dem Mord in der Lothringer Straße und sahen den Verdacht, daß Stodt dabei beteiligt sei. Sie verfolgten seine Spur und es gelang ihnen, ihn auf der Chaussee nach Königs-Wusterhausen zu verhaften. Als er gerade auf einem Rade nach Berlin zu fahren beabsichtigte. Man fand bei ihm noch 3665 Mark bares Geld, ein Frauenkleid und ein

Paar Frauenstiefel. Der Forder wurde von Wusterhausen nach Berlin gebracht.

Vormärzliches aus dem Nach-November.

Beamtenendisziplinierung ohne Untersuchung.

Gegen die Gefangenenauffeher Seidel und Soidol vom Strafgerichtsgewandnis in Pöfensee ist ein Disziplinarverfahren eröffnet worden, weil sie beschuldigt sind, den Direktor des Gefängnisses, Muntau, beleidigt zu haben. Erst nach Abschluß des nach einem Geleit vom Jahre 1882 (II) geführten Disziplinarverfahrens will der Justizminister (gez. Feinmann, der sozialdemokratische Unterstaatssekretär) prüfen, ob Verletzungen des Direktors Muntau vorgetrieben sind. Jedenfalls aber sind beide genannten Beamten schon jetzt auf halbes Gehalt gesetzt und ausgeworfen worden. Ihre Dienstverhältnisse in dienstlichen Interzesse zu räumen. Der Direktor Muntau (II) hat den Beamten sogar gebietet, er würde ihnen den Gerichtsvollzieher schicken. Die Beamten haben das Mietseignungsamt angerufen. Als solches fungiert, da ein besonderes Mietseignungsamt für Pöfensee nicht besteht, das Amtsgericht Berlin-Weidling. Dieses hat sich für nicht zuständig erklärt, da es sich um einen Anspruch aus dem Beamtenverhältnis handele, eine Rechtsansicht, die in der Meterschuppenordnung eine Begründung nicht findet. Namentlich hat der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht den gesamten Beamten unter dem 18. Mai eröffnet, daß sie ihre Dienstverhältnisse bis zum 31. d. M. zu räumen haben und daß die Nichtbefolgung dieser Anordnung Anlaß zu weiteren disziplinarischen Einschreiten bieten, auch daß die Räumungslage gegen sie beide erhoben würde.

Staffelung der Lebensmittelpreise.

Die sozialdemokratische Fraktion der Wilmerdorfer Stadterordnetenversammlung hat beim Stadterordnetenversammlung einen Antrag auf Staffelung der Preise für Lebensmittel gestellt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: Die Preise der ausländischen Lebensmittel sind derzeit hoch, das ist der minderbemittelten Bevölkerung kaum möglich ist, die auf den einzelnen entfallenden Rationen zu bezahlen. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, der es allen Einwohnern ermöglicht, ihre Lebenshaltung durch Bezug der ausländischen Lebensmittel ein wenig aufzuheben, ist eine Staffelung der Lebensmittelpreise in dem Sinne anzuordnen, wie der Reichsernährungsminister Schmidt in die Befugnis der Gemeinden gestellt hat. Die Staffelung erfolgt nach dem besteuerten Einkommen des Haushaltungsvorstandes oder der begünstigten Einzelperson; sie ist gleichmäßig für alle zu einem Haushalt gehörigen Personen, zu denen auch die Hausangestellten gehören. Die Staffelung ist kenntlich zu machen durch Stempelung jedes einzelnen Abstellens der bereits ausgegebenen Ration mit einem Stempel, der die Höhe des Preisabzuges oder Zuschlages angibt; die Stempelung erfolgt gegen Vorzeigung der letzten Steuerkarte durch die Volkswirtschaft. Als Preisstaffelung werden folgende vorgeschlagen: Einnommen bis 3000 Mark zahlen nur zwei Drittel des amtlichen Preises, Einnommen von 3000 bis 7000 Mark zahlen den amtlichen Preis, Einnommen von 7000 bis 12000 Mark zahlen den amtlichen Preis, Einnommen über 12000 Mark zahlen 50 Prozent über den amtlichen Preis. In einem anderen Antrage wird der Magistrat ersucht, alle wohnsitzlichen Lieferanten über sämtliche während der Woche fälligen Lebensmittel während der Woche an den Anschlagsläden plattiert zu halten. Die Anträge sollen in der nächsten Sitzung der Stadterordnetenversammlung zur Beratung gestellt werden.

Der Streik der Gießstraße des Wilmerdorfer Magistrats ist bereits beendet. Der Magistratsantrag über die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse für die Gießstraße wird in der nächsten Sitzung der Stadterordnetenversammlung zur Verhandlung gelangen.

Universitätsgedenktage für die Gefallenen. Die Berliner Universität veranstaltete heute eine große Feier zu Ehren ihrer im Kriege gefallenen Angehörigen. In feierlichem Zuge begab sich die Studentenschaft zum Universitätsgebäude zum Dom. Voran schritten die akademischen Lehrer der vier Fakultäten, an ihrer Spitze der Rektor der Universität, Geheimrat Dr. Seeberg mit dem Prorektor, Geheimrat Bend und dem Universitätsrichter, Dr. Gieseler, Orchestermusik und der Gesang des studentischen Chors eröffneten die Feier. Darauf hielt Professor Seeberg die Gedenkrede.

Der Mord am Kurfürstendam, dem der Konstantin Wendelski zum Opfer fiel, hat noch keine Klärung gefunden. Die Annahme, daß der Täter an der Hausfassade emporgestiegen und auf diese Weise in die Wohnung gelangt sei, hat sich als heillos erwiesen. Man neigt mehr und mehr der Ansicht zu, daß die Vermögensverhältnisse des Ermordeten der Ausgangspunkt des Verbrechens gegeben haben. Wendelski muß den Mörder gekannt und ihn selbst in seine Wohnung eingelassen haben. Die Ermittlungen, die im Interesse der Sache sehr geheim gehalten werden, weisen nach dieser Richtung hin verschiedene Spuren auf.

Zwischenraub mit Handgranaten. Einen Liebesfall auf einen Juwelierladen verübten heute mittig drei Patrouillen in der Invalidenstraße. Sie schlugen mit einem Stein des Schwefelers des Juwelierhändlers Wulle in der Invalidenstraße 16 ein und raubten aus dem Fenster verschiedene Gegenstände. Hieraus richteten sie. Als sie verfolgt wurden, warfen sie zwischen sich und ihre Verfolger Handgranaten. Die Raubert sind aufgenommen.

Gegen den Bürgerkrieg. Für den Pazifismus auch in der inneren Politik wird eine große Frauenkundgebung des Bundes Neues Vaterland am Mittwoch, 23. Mai, 8 Uhr, in der Berliner Stadthalle (Klosterstraße), eintraten. Gleiche Versammlungen finden in Dresden in beiden ehemaligen Hauptstädern, Stuttgart und Frankfurt statt auf Grund eines Aufrufes des Bundes. Gegen jede Gewalt, der von 78 Organisationen und einer Resolution von Frau Gertrud unterschrieben ist. In Berlin wird nach einer Resolution von Frau Gertrud in Gütlich berichten Johann werden. Am Samstag und Sonntag über die Erziehung zum Pazifismus der Jung und Alt sprechen Männer und Frauen willkommen. Eintrittskarten à 1 — Mark vorher Kurfürstendamm 126. Geschäftsstelle „Bund Neues Vaterland“.

Umsatz unabhängiger Führer. Der aus den schwersten Unruhetagen Hamburgs wohlbekannte Radikalführer Dr. Herz macht in einer langen Erklärung, die der unabhängigen sozialistischen „Hamburger Volkszeitung“ bekannt, daß er nicht mehr im Lande sei. Die Verantwortung für die Politik der Unabhängigen zu übernehmen. Die Entwicklung geht viel langsamer vor sich, als die radikalen Heißhörner annehmen. Folge dem vierjährigen Weltkrieg noch ein zehnjähriges Bürgerkrieg, dann werde der Sieger über ein Reich zu herrschen. Ein wirkliches Ergebnis könne nur durch rückhaltloses Bekenntnis zur Demokratie erreicht werden. Das Bekenntnis müsse in den Dienst der Demokratie gestellt werden. Dieser sehr beachtenswerten Erklärung des Dr. Herz schließt sich eine solche des leitenden politischen Redakteurs Dr. Nestriepke an, der aus den gleichen politischen Gründen von seinem Posten zurücktritt. Dr. Nestriepke war bekanntlich der erste Chefredakteur der Berliner „Freiheit“.

Am der Börse war die Tendenz heute zu Beginn des Verkehrs nicht einheitlich, eher aber schwächer. Hervorzuhellen ist namentlich der Rückgang unserer Kriegsanleihen, die gestern bis auf 77% Prozent angezogen hatten und heute in der an anderer Stelle der Handelszeitung erwähnten Ermäßigung des Aufnahmestandes für Kriegsanleihen von 87% auf 80 Prozent durch die Reichsbank zu erklären. Einigen ungunstigen Eindruck erweckte, da man auf die Zentrumsanfragen in der Preussischen Landesversammlung hin eher mit einer Ermäßigung rechnen zu dürfen glaubte als mit einer neuen Zuermächtigung.

Telegraphische Auszahlungen

Telegraphische Auszahlungen	24. d. (Geld)	25. d. (Geld)	26. d. (Geld)	Telegraphische Auszahlungen	24. d. (Geld)	25. d. (Geld)	26. d. (Geld)
Polen	525	525	525	Polen	525	525	525
Roumanien	19	19	19	Roumanien	19	19	19
Serbien	34	34	34	Serbien	34	34	34
Schlesien	35	35	35	Schlesien	35	35	35
Schweden	65	65	65	Schweden	65	65	65

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Nachts wieder leicht, am Mittwoch ziemlich warm, aber veränderlich mit etwas Bewölkung und mäßigen, zwischen Nordosten und Südosten schwankenden Winden.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Carl Max, Oberleutnant; für innere Politik: Carl Heine, Oberleutnant; für kommunales, Groß-Berlin, Gerichtsamt und den äußeren Teil: Heinrich Deppen, Oberleutnant; für die G. u. L. und die G. u. L. Unterhaltungsbeilage: Georg Siegel, Oberleutnant; für den Inlandteil: Paul Gatz, Oberleutnant. Berlin-Vertriebsstelle. Druck und Verlag: Rudolf Wölfe, Berlin.

Berliner Volks-Zeitung

Nr. 108 Tägliches Unterhaltungs-Blatt Nr. 108

Der Wanderer.

Roman (Copyright 1923 by Rudolf Wölfe Berlin SW 19.) Von Paul A. Kirkein. (Nachdruck verboten.)

Sie lachte in ein großes Bierlokal. An verschwiegenster Stelle suchte sich Arnold einen Platz. Dann reichte er Heinz die Speisekarte: „Such dir etwas aus! Bist natürlich mein Gast...“ „Aber ich kann doch nicht...“ „Du kannst! Von deiner Bürgerkrone wird deshalb kein Baden abbrechen.“ Als sie gegessen hatten, lehnte sich die „wandelnde Zeitung“ zurück.

„Nun rede du! Mir tut das Maul weh. Na ja — gar so leicht ist die Sache nicht...“ Heinz begann. Ein wenig weitschweifig. Alles erschien ihm so voller Bedeutung, daß er nichts verschweigen zu dürfen glaubte.

Arnold unterbrach ihn oft: „Kenne ich? Hab ich selbst erlebt!“ Und er spielte dabei auf all die Widerreden und Mahnungen seiner Freunde an — damals, als er nach schweren inneren Kämpfen den Entschluß faßte, vom Studium fort zu gehen und zu laufen.

Anderes hatte auch Heinz nicht erfahren. Nur von den Verschiedenheiten bei sich zu Hause konnte er sprechen, von seiner verwirrten, einsamen Jugend, und von seiner Sehnsucht seiner großen, unerfüllten Sehnsucht... „Sag mal“ warf Arnold dazwischen, „spielt da nicht auch ein Weib eine Rolle?“ Heinz wurde rot.

„Ich dachte mir es schon.“ Tief sog er an seiner Zigarette. „Sich dich? Jungel! Wir, die wir mit dem besonderen Gefühl für Unzufriedenheit durchs Leben stampfen, wir dürfen das nicht. Denn wir werden suchen — und nie das finden, was unseren Träumen entspricht... Und was treibst du nun?“ „Raufmann suchte ich werden. Seit Tagen bin ich wieder außer Stellung. Ich halte es nirgends aus. Eine Weile konnte ich verschweigen, aber dann —“

„haben sie dich doch erwischt! Auch das ist nicht neu, auch das ist — wie der Dorftrichter Adam im „Zerbrochenen Krug“ sagt — dem Arme wohlbekannt.“ Er lachte leicht auf. „Nun weißt du natürlich nicht ein und aus.“ Und ohne nun zu fragen, fuhr er fort: „Fürs bürgerliche Leben bist du viel zu wohl gänzlich verdohten. Fürs Theater —“, er jögerte einen Augenblick, „noch nicht reif. Komm zu uns! Da bist du wenigstens untergebracht.“

„Zu euch? Was meinen Sie damit?“ „Nun man nicht gleich so hitzig, Jungel! Der Himmel ist damit noch nicht erfüllt, wenn man im Suppeneller Sand barkeit und die Spuren der dreifachen Vierbeiner fortwehren darf. Nur — ich möchte dich vor Dummheiten bewahren.“ Er sah ihn schamlos an: „Oder ist dir bange? Müdest nicht doch lieber ins Bürgeramt zurückkehren und alte Geleise fahren? Dort studierst du n Wagnis erheblich weniger.“

„Vehhaft beteuerte Heinz seine Abneigung.“ „Wie ich anlangte, ist mir egal. Nur frei will ich sein, frei.“ „Also gut! Komm morgen um zehn Uhr zur Probe!“ — „Pünktlich war Heinz zur Stelle.“

„Wir gehen gleich zum Direktor.“ sagte Arnold. „Den ersten Stellmeister kannst du nachher begrüßen.“ Der Direktor, der den schönen Namen Kerememtsch trug, saß auf dem Rand der Manege und schaute einer jungen Artistin zu. Die verlorchte auf dem Panneau eines gelangweilt dahintrabenden Schimmels — „Nudelbrett“ nennen es die Zirkusleute — ein paar leichte Polen.

„Zum Teufel“ brüllte der Direktor, „halt doch die Knochen zusammen! Elvira! Du jappelst ja rum wie'n Aal an der Angel. Da kannst du dich nicht wundern, wenn dir selbst der alte Abdallah unterm Hintern fortfliegt.“ Heinz schrak ein wenig zusammen, als er die Grobheit hörte. Aber Arnold lachte:

„Das ist der Posten des Zirkus! Daran gewöhnt man sich.“ Der Direktor sah auf. „Tag Arnold! Warst großartig gestern! Habe selber gelacht.“

„Ja was? Ganz persönlich?“ „Ja... Waffert mir nicht oft. — Wen schleppst du an?“ „Einen Freund, hochverehrter Herr Direktor, der den unbeherrschbaren Drang hat, sich im Zirkus der Arme und Beine zu zerschneiden.“

„Quatsch nicht, Arnold! Was hat der Kerl zerbrochen?“ „Nun, gefesselt hat er nicht. Er hat nur eine unglückliche Neigung zur Kunst und zur Künstlerhaft.“ „Gut. — Marie!“

„Und wieder wandte er seine Aufmerksamkeit der Dame auf dem Nudelbrett zu. Aber bald hatte er genug. Sie hatte ihm — wie er sagte — zu wenig Griffs in den Beinen.“

Er knallte mit der langen Peitsche, die er nie aus der Hand gab, und ließ den Schimmel abtoben. Auf stand er, schob den unvermeidlichen Zylinderhut ins Gesicht und gab Weisung, die weiteren Proben für den Augenblick zu unterbrechen.

Dann unterbrach er sich vor die beiden hin: „Also — was will er bei mir?“ Und da Heinz nicht gleich antwortete: „Was kann er? Kann er reiten, kann er springen, kann er den Clown machen?“

„Springen kann ich“, gab Heinz schlichtern zurück. „Auch turnen. In der Schule war ich Kriegerführer...“ „Das hält er bleiben sollen. Was kann er turnen?“ „Ich kann — ich kann... gut Bodspringen, auch übers Pferd.“

„Neder n lebendiges?“ „Das habe ich noch nicht verlernt!“ „Also Quatsch! Nichts für mich. Kann er denn nichts im Sand?“ Heinz verstand ihn nicht. Arnold sah ihm zu. „Der Herr Direktor meint: Das Oehen oder — oder... Stehen auf den Händen — oder sonst ion laug.“

„Ach so! Ja — Nadelbrett kann ich...“ „Das wäre schon was. Reiz er mal!“ Und ohne Zögern legte Heinz Hut und Mantel beiseite und mit einer Leidenhaft, als gelte es das höchste Gut des Lebens, begann er die Hände hoch über dem Kopf seitwärts durch die Manege nach zu schlagen, immer abwechselnd Hände und Knie in der Luft.

„Du hm...“ meinte Kerememtsch. „Das sieht schon besser aus.“ Also nun komm einmal her! Es ist zwar ein Zauselnd, dem du dich zuwenden willst, aber weil dein Freund Arnold für dich spricht, will ich dich nehmen. Als Lehrling — verheißt du mich... nicht etwas als Nummer! Lehrling sein, heißt alles machen, alles aben, alles lernen! Verstehtst du das? Du kriegt die Woche zwölf Mark. Wohnen kannst du hier, auch essen — auf einen Tisch mehr kommt es nicht an. Auch rauschmeißen kann ich dich, wenn ich will. Vertrag wird nicht gemacht. So... er drehte sich zu den Ställen um... und nun man weiter mit den Proben! Worauf warten wir noch!“

Die beiden saßen ab. Ins Bureau hinein zu den Stallweiskern, zu den beiden andern Lehrlingen — durch den Zirkus bis hinauf zu der Manege, die Heinz im Zukunft bewohnen sollte.

Als sie wieder unten waren, drückte ihm Arnold ein Postmarktschick in die Hand: „Da — damit du fahren kannst und deinen Krampol nicht auf den Schultern zu schleppen brauchst!“

(Fortsetzung folgt)